

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 pbbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 58

23. März 1978

Marie Schlei MdB: Eine erfolgreiche Deutschlandpolitik braucht die Entspannung in Europa.

Seite 1/2

Karl-Arnold Eickmeyer MdB zieht Schlußfolgerungen aus der Ölkatastrophe vor der Bretagne für die deutsche Küste.

Seite 3-5

Ludwig Fellermaier MdB wirft der CDU-Fraktion im Europäischen Parlament Etikettenschwindel vor.

Seite 6

Friedrich Gerstl MdB: CSU-Scharfmacher mißbrauchen bedenkenlos die Frage der Einführung der Neutronenwaffe für parteipolitische Zwecke.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

Schneidige Deklamationen sind kein Politik-Ersatz

Erfolgreiche Deutschlandpolitik braucht die Entspannung in Europa

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Bundestag hat am 9. März 1978 über den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation debattiert. Er wird am 13. April 1978 im Zusammenhang mit der Großen Anfrage der CDU/CSU über die menschenrechtliche Lage in Deutschland die Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens behandeln und sich danach, und zwar wenn die Große Anfrage über die Folgevereinbarungen im Grundlagenvertrag mit der DDR auf der Tagesordnung steht, erneut mit der Deutschlandpolitik und dem Stand der innerdeutschen Beziehungen auseinandersetzen. Dabei wird deutlich werden, und wer die Debatte über den Bericht zur Lage der Nation genau verfolgt hat, kann dies bestätigen -, daß Deutschlandpolitik und Entspannung in Europa nicht auseinanderdividiert werden können.

Egon Bahr hat in seiner Rede in der Debatte über den Bericht zur Lage der Nation erklärt: "Nur in der weiten Perspektive eines Nebeneinander der Nationen im ganzen Europa hat die deutsche Nation ihre Chance." An dieser richtigen Einschätzung läßt sich ablesen, wie widersprüchlich viele Unions-Politiker in der Deutschlandpolitik argumentieren. Dieselben CDU/CSU-Politiker nämlich, die ständig deutschlandpolitische Parolen vor sich hertragen, als ginge es darum, die Einheit der Nation schon morgen herbeizuführen, haben alles daran gesetzt, die Entspannungspolitik in Europa für gescheitert zu erklären und ihr Ende förmlich herbeizureden. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Bewertung des Belgrader KSZE-Folgetreffens, an dem sie neuerdings auch kritisieren, die Bundesregierung hätte die deutsche Frage dort nicht nachdrücklich genug vertreten. Ginge es nach den Wünschen der Union, hätten auch die Vereinten

Nationen in New York sich mit der deutschen Frage beschäftigen müssen. Wer glaubt, durch die ständige Befassung internationaler Organisationen mit der deutschen Frage Deutschlandpolitik betreiben zu können, irrt gewaltig.

Schneidige Deklamationen sind kein Ersatz für Politik. Deutschlandpolitik muß unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in erster Linie darauf ausgerichtet sein, menschliche Erleichterungen zu erreichen. Dies ist nicht ohne die Fähigkeit und die Bereitschaft zu Verhandlungen möglich. Man kann im Stadium von Verhandlungen nicht gleichzeitig Druck und Sanktionen gegenüber dem Verhandlungspartner fordern. Der Bundeskanzler hat in seinem Bericht zur Lage der Nation am 19. März 1978 erklärt: "... Unser nationales Interesse, die Deutschen im Dialog zu halten, ist stärker und muß immer stärker sein als Stimmungen, gegen die man nun allerdings keineswegs immer gefeit ist. Wir wollen den Entspannungsprozeß fördern, und das tun wir in Festigkeit und Gelassenheit. Wir wollen in die Gewohnheiten des Kalten Krieges nicht zurück - und dürfen dahin auch nicht zurückfallen."

Darum geht es und darum ist für uns Deutsche der Prozeß der Entspannung so lebenswichtig. Ohne die Politik der Entspannung wird es auch in der Deutschlandpolitik kaum Chancen zur Verbesserung der Lage geben. Die Bundesregierung muß deshalb auf dem von SPD und FDP beschrittenen Weg fortfahren, praktische Erleichterungen für die betroffenen Menschen zu suchen. Die Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa stützt diese Bemühungen. Wir haben daher unsererseits ein lebenswichtiges Interesse daran, uns überall für die Verbesserung der Ost-West-Zusammenarbeit einzusetzen, und zwar ohne verbale Kraftakte, die das Gegenteil von dem bewirken, was sie zu erreichen vorgeben.

Die Faktoren, die die Teilung Deutschlands bewirkt haben, sind heute nicht schwächer geworden. Wir müssen von uns aus dazu beitragen, die harten Folgen der Teilung abzumildern. Wer in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken versucht, als sei dies möglich, wenn man überall hart genug auftritt, täuscht sich selbst über die Lage und die Öffentlichkeit über den wirklichen Spielraum deutscher Politik. Der Sinn und die Notwendigkeit einer Politik menschlicher Erleichterungen wird auch dort erkannt, wo der politische Widerstand gegen die Einheit am stärksten ist. Die darin liegenden Möglichkeiten gilt es zu nutzen. Die Opposition ist auf dem besten Wege, auch diesen Weg einer erfolgreichen Deutschlandpolitik zu versperren und sich in einem Käfig zu verfangen, den sie selbst gezimmert hat. Wie will sie eigentlich die Fähigkeit zum Dialog mit der anderen Seite bewahren, wenn sie stets zur Anklage auf allen internationalen Foren rät und das innenpolitische Klima mit nationalen Parolen anheizt.

Für die Opposition ist es an der Zeit, diesen verhängnisvollen Kurs in der Ost- und Deutschlandpolitik aufzugeben und sich endlich auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Nur auf diesem Wege ist Politik für Deutschland und im Interesse der Deutschen möglich.

(-/23.3.1978/ks/ja)

+ + +

Kein Patentrezept gegen große Ölverschmutzungen

Schlußfolgerungen aus der Ölkatastrophe vor der Bretagne

Von Karl-Arnold Eickmeyer MdB

Küstenschutz-Experte der SPD-Bundestagsfraktion

Im Zusammenhang mit der Strandung und dem Auseinanderbrechen des unter liberianischer Flagge fahrenden Riesentankers "AMOCO CADIZ" vor der Bretagne werden in der Bundesrepublik Deutschland viele Fragen laut:

Ist eine solche Katastrophe auch an der deutschen Küste möglich?

"Was passieren kann, das passiert auch." Wer diesen kaum zu widerlegenden Satz akzeptiert, muß zugeben, daß natürlich auch an den deutschen Küsten ein solcher Unglücksfall möglich ist. Eine Katastrophe allerdings wie jetzt in Frankreich ist bei uns ziemlich unwahrscheinlich. Einmal sind die Mündungen unserer großen Flüsse nicht felsig, sondern haben als Untergrund Sand oder Klei (Ausnahme Helgoland), zum anderen ist der Seegang in der geschützten deutschen Bucht meistens geringer als an den offenen Atlantikküsten. Gefahren gehen bei uns eher vom menschlichen Versagen, "black out", vom regen Schiffsverkehr sowie von unbeseitigten Wracks aus.

Bilden Schiffe unter "billiger Flagge" eine besondere Gefahr ?

Das wird an der Küste leider nicht ausgeschlossen. Dabei ist es weniger die technische Einrichtung dieser Schiffe, obwohl sie oftmals wahrscheinlich auch nur der Minimalsicherheit entspricht; denn unter "Billigflagge" fahren in der Regel veraltete "Pötte", die von den großen Konzernen abgestoßen werden. Die eigentliche Gefahr ist in den Besatzungen der Schiffe zu sehen. Oftmals befindet sich auf ihnen nur ein echter Patentinhaber - drei oder vier sollten es jedoch je nach Schiffsgröße sein. Die restlichen Patentbesitzer sind zu ihren Fahrerlaubnisscheinen oft auf dubiose Art gekommen. Es mutet schon mehr als makaber an, wenn z.B. ein großes Schiff vor Helgoland auftaucht und nachfragt, wo es sich befindet.

Welche Folgen hätte ein solches Unglück für die deutschen Küsten?

Die örtlichen Folgen sind unabsehbar:

- 1) Durch das zum Boden abgesunkene Öl wird die Bodenfauna vernichtet, die Larven zahlreicher Tiere durch Kohlenwasserstoffe vergiftet. Zahlreiche Seevögel und Fische fänden den Tod.
- 2) Der Geschmack gefangener Tiere (auch z.B. Muscheln) könnte durch Ölderivate wie Phenole und Kresole beeinträchtigt werden.
- 3) Das Weideland vor den Deichen, die Deiche selbst und die Badestrände würden verunreinigt, teilweise vernichtet. Große Gefahren für den Küstenschutz und den Fremdenverkehr wären gegeben.

Einflechten muß man hier, daß die an dieser Stelle geschilderten Gefahren nicht nur bei Großkatastrophen eintreten, sondern auch schon durch die ständigen unauffälligen Ölleitungen aus häuslichen und industriellen Abwässern sowie vornehmlich durch unerlaubtes Abpumpen von Öl aus Schiffen.

Stehen unseren staatlichen Organen bei einem solchen Unfall entsprechende Abwehrtechniken zur Verfügung?

Es ist das Verdienst des jetzigen Präsidenten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, Fritz Reuter, schon vor mehr als zehn Jahren die auf uns zukommenden

Gefahren erkannt zu haben. Das führte zur Gründung des "Ölunfallausschusses See/Küste", der den Aufbau der Ölabwehr an der Nord- und Ostseeküste konzeptio-
nell und organisatorisch leitet. Der zentrale Meldekopf dieses Ausschusses für die gesamte deutsche Küste (ZMK) befindet sich in Cuxhaven. Ein Verwaltungs-
abkommen zwischen dem Bund und den vier Küstenländern regelt die Kosten. Kommt es zu einem Tankerunglück sind folgende Hilfsmaßnahmen denkbar oder
vorgesehen:

- 1) Das noch nicht ausgelaufene Öl muß schnellstens geleichtert werden. Die dazu notwendige Tankerkapazität ist notfalls durch behördliche Verfügung zu "greifen".
- 2) Bei der Abwehr des ausgeflossenen Öls steht die mechanische Entfernung im Vordergrund (absaugen). Dieses Gebiet ist jedoch noch Neuland, verschiedene Einrichtungen sind in der Erprobung.
- 3) Durch den Einsatz nicht toxischer Dispergatoren (chemische Substanzen), die versprüht werden, verteilt sich das Öl schneller und besser auf der Wasseroberfläche und kann dadurch schneller bakteriell abgebaut werden. Das Verfahren ist teuer. In den Hafenstädten liegen Chemikalien zum Einsatz bereit.
- 4) Die Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz testet z.Z. die biologische Bekämpfung ausgelaufenen Öls durch Kiefernborke (in Schweden in der Anwendung). Die Borke nimmt das Öl auf. Im Laufe der Zeit entsteht aus dieser Verbindung Humus.

Ist vorbeugend alles getan, damit es bei uns nicht zu Katastrophen wie jetzt in Frankreich kommt?

Generell ist festzustellen, daß der Großschiffbau der Entwicklung der entsprechenden Sicherheit davongelaufen ist. Auch muß man anmerken, daß ein optimaler Katastrophenschutz nicht möglich ist, da zu teuer. Darüber hinaus gibt es kein Patentrezept gegen große Ölverschmutzungen. Aus diesen Sachverhalten ist zu folgern und zu fordern, daß das Schwergewicht auf der Vorbeugung lie-

gen muß und auch liegt. Die Verhütung einer Katastrophe ist immer billiger als alle Beseitigungsmaßnahmen. Da das die zuständigen Stellen des Bundes erkannt haben, legen sie seit vielen Jahren außerordentlichen Wert auf die Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den bundesrepublikanischen Seestraßen. Sie gilt weltweit als vorbildlich (gut bezeichnete Schifffahrtswege, Landradarsystem, schnelle Wrackbeseitigung).

Was kann man seerechtlich tun, damit die Sicherheit auf den Weltmeeren größer wird ?

1) Die IMCO (Inter-governmental Maritime Consultative Organisation = Zwischenstaatliche beratende Schifffahrtsorganisation) hat verschärfte Kontrollmaßnahmen gegen sogenannte "substandard ships" beschlossen. Das sind Schiffe, die nicht den internationalen Sicherheitsbestimmungen entsprechen. Diese Kontrollen sollten vor allem im nationalen Bereich oder auf EG-Basis vor Anlaufen der jeweiligen Küstengewässer verschärft durchgeführt werden. Noch besser ist es natürlich, Schiffe, die nicht den internationalen Vorschriften entsprechen, durch verstärkte Kontrollen in den Ladehäfen am Auslaufen überhaupt zu hindern.

2) Die Mindestanforderungen an die Ausbildung und Befähigung von Schiffsbesatzungen sind vor allem international drastisch zu erhöhen.

3) Ich fordere Lotsenzwang bei großen Tankern für die Nordsee sowie bei kleineren vor und in den Küstenströmen.

4) Ein totales Fahrverbot für die geplanten übergroßen Tanker (700 00 tdw) für den Bereich des besonders gefährdeten Flachmeeres "Nordsee" ist zu prüfen und zu durchdenken. Wahrscheinlich kommt es auf Dauer billiger, entsprechende Pipelines zu bauen und das Öl auf diesem Wege zu transportieren.

(-/23.3.1978/hi/ja)

Altbekanntes unter neuem Namen

Christdemokraten im Europa-Parlament betreiben Etikettenschwindel

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Wie die Föderation der Christdemokraten in der Europäischen Gemeinschaft hat jetzt auch die CD-Fraktion im Europäischen Parlament versucht, sich durch Namensänderung nach außen hin in ein anderes Licht zu setzen: Seit der Straßburger Parlamentssitzung in der letzten Woche nennt sie sich "Christlich-Demokratische Fraktion (Fraktion der europäischen Volkspartei)".

Damit versuchen die Christdemokraten in der EG die Tatsache zu vertuschen, daß die Christdemokratische Fraktion eben nur Christdemokraten aus der Bundesrepublik, Italien, Irland und den Benelux-Ländern umfaßt. Die CD-Mitgliedsparterie in Frankreich, die unzutreffenderweise unter der Flagge "Soziale Demokraten" segelt, hatte sich schon vor den Wahlen zur Nationalversammlung unter Führung der Anhänger des Präsidenten Giscard zu einer neuen Partei namens "UDF" zusammengeschlossen, die jetzt als Juniorpartner mit den Gaullisten Chiracs regieren will, und die "Giscardiens" haben mit Christdemokratie nichts im Sinn. Ob es in Zukunft noch französische Mitglieder der CD-Fraktion geben wird, ist also zweifelhaft geworden. Großbritannien und Dänemark waren in der Fraktion nie vertreten.

Der Anspruch, wie er im neuen Namen zum Ausdruck kommt, kann also schlicht als Etikettenschwindel bezeichnet werden.

Die Christdemokratische Fraktion hat seit Jahren versucht, ihre Basis in Europa zu verbreitern. Herausgekommen ist dabei nicht viel:

Mehrfach haben CSU und CDU die Gründung einer EDU, einer "Europäischen Demokratischen Union" angekündigt, die neben Christdemokraten auch die französischen Gaullisten und die britischen und dänischen Konservativen umfassen und so eine breite rechte Sammlungsbewegung bilden sollte. Dem Ziel dienten Kontakte wie gemeinsame Vorstandssitzungen der Fraktionen, die Treffen zwischen Strauß und Chirac oder der Auftritt von Margaret Thatcher auf dem CDU-Parteitag in Hannover. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit christdemokratischer und konservativer Parteien in Jugend- und Studentenorganisationen.

Auf die Gründung der "EDU" wartet man heute noch, von CD/EVP-Seite wird auch behauptet, die "EDU" sei blosses Spielmaterial der CSU für die Diskussion um die "Vierte Partei" in Deutschland:

Haupthindernis gegen einen Zusammenschluß von Christdemokraten mit Gaullisten und Konservativen sind aber die belgischen und niederländischen Christdemokraten: Sie besitzen im Gegensatz zu CDU und CSU einen Arbeitnehmerflügel, der nicht nur als Feigenblatt im Wahlkampf verwendet wird, sondern sich für die Durchsetzung der christlichen Soziallehre einsetzt und in der europäischen Gewerkschaftsbewegung mitarbeitet.

So konnte es nicht verwundern, daß CSU und CDU auf dem Kongreß der EVP in Brüssel eine schallende Ohrfeige einstecken mußten: Ihre Parteifreunde lehnten den Wahlslogan "Freiheit statt Sozialismus" für die Europawahl einhellig ab.

Ein anderer Spruch, nämlich "für ein Europa freier Menschen" prangte am Präsidiumstisch. Und der EVP-Vorsitzende Leo Tindemans setzte dem Ganzen das I-Tüpfelchen auf, indem er sich für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik und für eine pluralistische Demokratie in Europa einsetzte, wie es auch die europäischen Sozialdemokraten fordern. Daß diese ganze Richtung wenigstens einem Teil der CDU/CSU nicht paßt, beweist einmal mehr das Fernbleiben des EVP-Vorstandsmitglieds, Franz Josef Strauß, der wohlweislich gar nicht erst auf dem Kongreß erschien.

(-/23.3.1978/ks/ja)

Politische Freibeuterei und Doppelmoral

CSU-Scharfmacher mißbrauchen das Thema "Neutronenwaffe"

Von Friedrich Gerstl MdB

Mitglied im Bundestag-Verteidigungsausschuß

Die Scharfmacher der CSU-Landesgruppe mißbrauchen bedenkenlos die Frage der Einführung der Neutronenwaffe für parteipolitische Zwecke. Besondere "Verdienste" dabei haben sich der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Friedrich Zimmermann und sein Parteifreund Dr. Richard Jäger erworben.

Für Zimmermann ist es bezeichnend, daß er kurz vor seiner Abreise in die Volksrepublik China erneut den Bau der Neutronenbombe gefordert hat. Gewissermaßen als "Morgengabe" für seine chinesischen Gesprächspartner, denn diese Forderung war gepaart mit deutlichen Attacken gegen die Sowjetunion. Verantwortungslos "mischt" Zimmermann seine parteitaktischen innenpolitischen Ziele mit den außenpolitischen Ansprüchen seines Parteilvorsitzenden Strauß.

Was sich Herr Jäger an politischer Freibeuterei und Doppelmoral in der Diskussion um die Neutronenwaffe leistet, ist mit Pharisäertum schwach zu umschreiben. Jäger ist Leiter der Deutschen Delegation in der Nordatlantischen Versammlung. Dieses parlamentarische Gremium mit Teilnehmern aus allen NATO-Staaten hat in seiner 23. Jahrestagung im September 1977 in Paris eine EntschlieÙung über die Rüstungskontrolle beschlossen, in der es u.a. heißt:

"Die Versammlung ist besorgt über die Auswirkungen der jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Kernwaffen, vor allem über die Entwicklung des Gefechtskopfs mit erhöhter Strahlung (Neutronenbombe); sie fordert die Mitgliedsregierungen des Nordatlantischen Bündnisses nachdrücklich auf: sorgfältig die Auswirkungen weiterer Entscheidungen hinsichtlich des Gefechtskopfs mit erhöhter Strahlung zu prüfen."

Herr Dr. Jäger formuliert in seinem Bericht an das Deutsche Parlament - BT-Drucksache 8/1251 - die Beratungen der Versammlung wie folgt:

"Die Neutronenwaffe sei zwar in Bezug auf die Herstellung allein Sache der Vereinigten Staaten, jedoch dürfe ihre Anwendung nicht gegen den Willen der europäischen Verbündeten als der unmittelbar Betroffenen erfolgen."

Wie sein Parteifreund Zimmermann wird Jäger nicht müde, der Bundesregierung in der Frage der Einführung der Neutronenwaffe immer wieder Entschlußlosigkeit und "Nach-

geben gegenüber der Sowjetunion" vorzuwerfen. Er schreckt auch nicht davor zurück, sozialdemokratische Parlamentarier zu diffamieren. Denn: Offenbar wider besseres Wissen beschuldigte er den SPD-Bundestagsabgeordneten Alfons Pawelczyk, anlässlich seines Moskau-Besuches in der Frage der Neutronenbombe den Standpunkt der Sowjetführung bezogen zu haben und damit die noch nicht getroffene Entscheidung der Bundesregierung zu präjudizieren. "Messerscharf" folgert Jäger daraus, daß damit ein angeblich dem linken Flügel der SPD angehörender Politiker den sicherheits- und verteidigungspolitischen Interessen unsere Landes erheblich Schaden zugefügt habe.

Man kann, nein, man muß davon ausgehen, daß Richard Jäger vor seinen Verunglimpfungen des Kollegen Pawelczyk dessen Moskau-Rede gelesen hat. Leichtfertigkeit kann ihm also nicht vorgeworfen werden. Der Vorwurf der bewußten Verdrehung muß deshalb leider stehenbleiben.

Zur Erinnerung eine Passage aus der Moskau-Rede von MdB Pawelczyk, die eindeutig die Diffamierungen des "CSU-Jägers" dokumentieren:

"Wir müssen uns jetzt auf ein verhandelbares politisches Ergebnis konzentrieren. Es darf keine Zeit verloren werden durch einen vorgeschalteten Dialog über Fragen der Produktion und Dislozierung. Der Verzicht der NATO auf die Neutronenwaffe bei gleichzeitigem Verzicht und einer Verringerung seines Offensivpotentials könnten zu einem Verhandlungspaket bei den Wiener Gesprächen werden. Sollten allerdings solche intensiven Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnis in absehbarer Zeit führen, würde die Einführung der Neutronenwaffe kaum verhindert werden können. NATO und Warschauer Pakt können für die UNO-Sonderkonferenz über Abrüstungsfragen ein ermutigendes Zeichen setzen, wenn sie den beschriebenen Weg beschreiten."

Wenn Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung keine leeren Worte bleiben sollen, muß jede Chance genutzt werden, zu internationalen Vereinbarungen zu kommen, die diesem Ziel dienen. Wenn dabei ein so schreckliches Mittel wie die Neutronenwaffe schon in der Produktion unnötig wird, dann wäre das ein gewaltiger Schritt zur Verminderung des Rüstungswettlaufes. Mit Kraftsprüchen und immer neuen, noch grausameren Waffen und noch höheren finanziellen Verteidigungslasten werden wir den Wünschen unserer Bürger nach Frieden und sozialem Wohlstand nicht gerecht werden können. Wir sind es schon gewohnt, daß zu den Mitteln der CDU und besonders der CSU zur Wiedererlangung der Macht in der Bundesrepublik Deutschland Verleumdung der Regierung und der sie tragenden Koalitionspartner, Verängstigung der Bevölkerung auf möglichst allen Gebieten gehören. Langsam aber fragt man sich als Christ, ob Vertreter einer sich christlich nennenden Partei ungestraft verdrehen und Unwahrheiten verbreiten dürfen.

(-/23.3.1978/ks/ja)